



Landesnaturschutzverband
Baden-Württemberg e.V.

Dachverband der Natur-
und Umweltschutzverbände
in Baden-Württemberg
(§ 66 Abs. 3 Naturschutzgesetz)

Anerkannter Natur- und
Umweltschutzverband
(§ 3 Umweltrechtsbehelfsgesetz)

Pressemitteilung

Stuttgart, den 20.08.2015

Naturschützer sehen sich durch Studie zum Wohnungsbau bestätigt

Zu hohe Ausweisung von Wohnbauflächen im ländlichen Raum

Die Naturschützer des Landesnaturschutzverbandes Baden-Württemberg sehen sich durch eine jüngst veröffentlichte Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft bestätigt. Dort war festgestellt worden, dass in Ballungsräumen zu wenig, im ländlichen Raum aber zu viele Wohnbauflächen ausgewiesen werden. Letzteres führe dazu, dass immer mehr Neubaugebiete entstehen bei gleichzeitiger Zunahme des Leerstandes.

„Gerade im ländlichen Raum an Orten mit stagnierender oder rückläufiger Bevölkerung gibt es große Potenziale für Innenentwicklung“, so LNV-Chef Dr. Gerhard Bronner. „Baulücken, Leerstände und Umnutzungspotenziale würden in vielen Dörfern reichen, den Wohnflächenbedarf für Jahrzehnte zu decken.“ Dennoch würden neue Baugebiete ausgewiesen, weil dies weniger mühsam sei als mit den Eigentümern im Bestand zu verhandeln, die oftmals unrealistische Preisvorstellungen hätten. Im interkommunalen Konkurrenzkampf um die vielzitierten „jungen Familien“ versuchen viele ländlichen Kommunen, mit großzügigen Einfamilienhaus-Neubaugebieten zu punkten.

Als segensreich sieht es Dr. Bronner daher an, dass Kommunen nach den neuen Vorgaben des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur Baden-Württemberg ihren Bedarf an Wohnbauland eindeutig nachweisen müssten. Da erfahrungsgemäß die Landratsämter hier großzügiger als die Regierungspräsidien bei der Bedarfsprüfung sind, fordert der LNV die komplette Übertragung der Genehmigungszuständigkeit für

Flächennutzungspläne auf die Regierungspräsidien. Dies ist in den Koalitionsvereinbarungen vorgesehen, wurde aber bisher noch nicht umgesetzt.